

Bürgermeister Jörg-Michael Teply

25.02.2021

Haushaltsrede 2021

(Es gilt das gesprochene Wort)



Sehr geehrte Herren Gemeinderäte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute genau vor einem Jahr, am 25. Februar 2020, wurden hier an dieser Stelle die letzten Reste von Luftschlangen und Konfetti vom Kinderfasching beseitigt und ich selbst durfte in meinem Urlaub auf einen schönen Skitag zurückblicken. Beides war und ist in diesem Jahr leider nicht möglich – nur 11 Tage später gab es den ersten Corona-Fall im Enzkreis. Über 6.300 Infektionsfälle sind seither dazu gekommen und leider auch mehr als 200 Todesfälle durch bzw. mit dem Virus.

In unser aller Leben hat sich in den vergangenen Monaten durch die Pandemie Vieles grundlegend geändert und ein konkreter Zeitpunkt, an dem etwas Normalität in unseren Alltag zurückkehrt, lässt sich leider nach wie vor nicht verlässlich benennen.

Auswirkungen hat dies auf die Gemeinderatsarbeit ganz allgemein, im Speziellen aber auch auf meine diesjährige Haushaltsrede. Um diese zeitlich kompakt zu halten, verzichte ich heute auf die Präsentation, mit der ich meine Erläuterungen zu den Haushaltsdaten üblicherweise zu visualisieren versuche. Überhaupt beschränke ich meine Ausführungen in diesem Jahr auf wenige, aus meiner Sicht besonders wichtige Aspekte, um der besonderen Situation Rechnung zu tragen - hierfür bitte ich um Ihr Verständnis.

Im vergangenen Jahr sprach ich davon, dass die Gemeinde Wurmberg in ihrem Haushalt seit dem Jahr 2014 kontinuierlich Jahr für Jahr mehr Geld bewegt.

Waren es bei Addition der Aufwendungen aus dem Ergebnishaushalt und der vorgesehenen Investitionen im vergangenen Jahr noch nie da gewesene 12,79 Mio. EUR, so steigt diese Summe in diesem Jahr nochmals weiter auf 13,92 Mio. EUR. Dieser Betrag beinhaltet zwar Abschreibungen in Höhe von 485.000 EUR, die in dieser Form in früheren, nach den Grundsätzen der Kameralistik aufgestellten Haushaltsplänen nicht ausgewiesen waren – doch auch, wenn ich diesen Betrag in Gedanken abziehe, bleibt festzuhalten: nach dem Rekordjahr 2020 folgt ein neues Rekordjahr 2021!

In diesem Jahr tritt aber leider nun genau das ein, vor was ich in meinen Haushaltsreden der vergangenen Jahre immer wieder gewarnt habe: die Entwicklung der Einnahmen hält nicht mehr Schritt mit den Ausgaben – was im Endeffekt zu einem negativen Gesamtergebnis des Haushalts 2021 von mehr als 800.000 EUR führt.

Ursächlich dafür sind – auch da wiederhole ich mich gebetsmühlenartig - immer neue Aufgabenzuweisungen an die Kommunen sowie vor allem immer komplexere und damit aufwändiger Anforderungen an deren Bewältigung – und dies, ohne dass die Finanzausstattung adäquat mitwachsen kann.

Sicher: es gibt zahlreiche Förderprogramme von Bund und Land, von denen auch die Gemeinde Wurmberg profitiert und für die wir sehr dankbar sind – ich denke dabei z.B. exemplarisch an die Ortskernsanierung und den Breitbandausbau. Auch haben Bund und Land die Kommunen in der Corona-Pandemie gewiss nicht im Regen stehen lassen. Aber es existieren eben viele kleine Stellschrauben, an denen permanent gedreht wird, Aufgaben der Kommunen, bei denen die Anforderungen immer höher geschraubt und Maßstäbe nach oben gesetzt werden – beispielhaft möchte ich nur die Bereiche Brandschutz, Kindertages- und Schulkindbetreuung nennen.

Um diese Flut und Komplexität der Aufgaben bewältigen zu können, war es z.B. nach vielen, vielen Jahren mit mehr oder weniger gleicher Personalausstattung unumgänglich, die Gemeindeverwaltung personell aufzustocken – höhere Personalausgaben sind natürlich die Folge. Doch schon das jetzt zurückliegende Jahr 2020 wäre in der jahrzehntelang bewährten Zwei-Ämter-Struktur der Verwaltung nicht mehr zu bewerkstelligen gewesen.

Der kontinuierliche Auf- und damit Ausgabenzuwachs trifft zumindest im Jahr 2021 auf Steuer- und Gebühreneinnahmen, die auf niedrigem Niveau stagnieren bzw. leicht zurückgehen.

Bei den drei Haupteinnahmequellen der Gemeinde – Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Schlüsselzuweisungen des Landes – verringern sich die Erträge gegenüber dem Vorjahr von 4,346 Mio. EUR um rund 164.000 EUR (=3,76%) auf 4,182 Mio. EUR. 2020 konnten durch diese drei Ertragsarten noch rund 61% der Aufwendungen im Ergebnishaushalt gedeckt werden. In diesem Jahr steigen die Aufwendungen weiter, so dass der Deckungsgrad auf 55% sinkt. Alle drei Ertragsarten sind stark konjunkturabhängig und lediglich das Gewerbesteueraufkommen kann durch die Gemeinde selbst unmittelbar beeinflusst werden.

So lange dies eine Momentaufnahme, eine konjunkturelle Delle bleibt, ist die Einnahmesituation nicht besorgniserregend – aber auch ein Moment kann sich manches Mal zur Ewigkeit ausweiten ... genau das darf aber nicht passieren. Dabei kommen wir, wenn die Planzahlen in etwa so auch in der Realität dann eintreffen, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer mit einem blauen Auge davon. Denn nachdem die fürs vergangene Jahr 2020 erwarteten Gewerbesteuereinnahmen von ursprünglich 1,34 Mio. EUR infolge der Corona-Pandemie zwischenzeitlich unter die Millionengrenze gesunken waren, hatten die Kämmerin und ich große Sorgen, dass dieser Trend auch fürs Jahr 2021 anhält.

Tatsächlich kalkulieren wir aufgrund der getätigten Voranmeldungen aber mit Gewerbesteuerereinnahmen von 1,28 Mio. EUR – und hoffen natürlich, dass diese so dann auch tatsächlich in dieser Höhe realisiert werden können.

Bereits im Zuge der Haushaltsvorberatungen am 14. und 21. Januar hat unsere Kämmerin Bianca Frommer auf das Defizit im Ergebnishaushalt hingewiesen, das im Jahr 2021 mit 824.178 EUR leider sehr deutlich ausfällt. Die Gründe hierfür liegen natürlich nicht nur in den stagnierenden Steuer- und Gebühreneinnahmen, sondern auch auf der Ausgaben-seite.

Auf folgende Punkte ist in diesem Zusammenhang besonders hinzuweisen:

1. Die Gemeinde Wurmberg muss in diesem Jahr hohe Umlagen im Kommunalen Finanzausgleich leisten. Für deren Berechnung ist immer die finanzielle Situation der Gemeinde im vorvergangenen Jahr maßgeblich ist. Und nachdem das Haushaltsjahr 2019 für die Gemeinde Wurmberg sehr positiv verlaufen ist, „büßen“ wir hierfür nun eben in diesem Jahr – oder wie es Kreiskämmerer Frank Stephan formulieren würde: „Weil es uns vor zwei Jahren gut ging, geht es uns heute schlecht.“
2. Allein für die Brandschutzsanierung in der Grundschule, Maßnahmen zur Umsetzung der Eigenkontrollverordnung sowie die Fortführung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED sind im Ergebnishaushalt 491.000 EUR veranschlagt – Ausgaben, die in der Vergangenheit im kameralen Haushaltsplan wohl im Vermögenshaushalt zu finden gewesen wären und somit das Ergebnis des laufenden Betriebs nicht belastet hätten.

3. Die nach doppischem Haushaltsrecht voll veranschlagten Abschreibungen auf Gebäude und anderes Eigentum der Gemeinde in Höhe von 485.000 EUR.
4. Die von der Gemeinde Wurmberg zu leistende Kreisumlage als größter Ausgabeposten steigt in diesem Jahr ebenfalls weiter an auf nunmehr 1,215 Mio. EUR. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr nochmals eine Steigerung um rund 3,3% und damit neuerliches Rekordniveau – und ich befürchte beim Blick auf die in den kommenden Jahren anstehenden Aufgaben, dass das Ende der Fahnenstange damit noch nicht erreicht ist.

Angesichts dieser hauptsächlich fremdbeeinflussten Ursachen für das Haushaltsdefizit wird eines klar: die Gemeinde Wurmberg lebt keinesfalls über ihre Verhältnisse. Dies feststellen zu können ist einerseits positiv und beruhigend – bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass es eine Herausforderung wird, der Entwicklung gegenzusteuern.

Ein Gegensteuern ist aber unumgänglich, um die Gemeindefinanzen langfristig stabil und generationengerecht zu halten. Denn die Rahmenbedingungen werden zumindest kurzfristig nicht einfacher.

In diesem Zusammenhang sind natürlich auch Gemeinderat und Verwaltung aufgefordert, ...

- Einsparpotenziale zu definieren und auszunutzen,
- Ertragsmöglichkeiten auszuschöpfen,
- politische Entscheidungen weiterhin konsequent am Grundsatz „zuerst das Notwendige, dann das Wünschenswerte“ auszurichten
- und wenn notwendig Prioritäten für die Reihenfolge der Aufgabenerfüllung festzulegen und zu kommunizieren.

Genau dasselbe gilt aber auch für den Kreistag: Manche Fraktion, manches Kreistagsmitglied stellt sich gerne Jahr für Jahr hin und prangert die steigende Belastung der Kommunen durch die Kreisumlage an. Im nächsten Atemzug ergeht dann aber die Forderung an die Kreisverwaltung, sich noch um dieses zu kümmern und Geld für jenes bereitzustellen. Dies ist unzureichend – und aus meiner Sicht ein Stück weit heuchlerisch. Hier gilt es ebenfalls, alle freiwilligen Auf- und daraus resultierenden Ausgaben kritisch zu hinterfragen – sowohl hinsichtlich der Art der Aufgabe als ggf. auch zur Höhe des finanziellen Aufwands.

Auf Bundes- und Landesebene ist ein Umdenken und eine Aufgabenkritik ebenfalls dringend angezeigt und vor allem das Konnexitätsprinzip („wer anschafft, der zahlt auch“) bei allen Aufgabenübertragungen auf die Kommunen endlich vollumfänglich anzuwenden.

Nur auf diese Weise kann es gelingen, die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden auch für die Zukunft zu erhalten.

Auf das Investitionsprogramm fürs Jahr 2021 möchte in meinen Ausführungen nur ganz kurz eingehen, schließlich wurde dieses bereits zweimal in öffentlicher Sitzung (14. und 28. Januar 2021) beraten.

Ein Schwerpunkt liegt dabei im Bereich der Schaffung zukunftsfähiger Lösungen für unsere Bevölkerung in den Bereichen Wasserversorgung (Verbundlösung mit Nachbargemeinden), Abwasserbeseitigung (Fertigstellung Regenrückhaltebecken mit Regenüberlaufbecken am Talweg) und schnelles Internet (Breitbandausbau).

Auch für die verkehrliche Infrastruktur im Bereich von Gemeindestraßen und Feldwegen sind finanzielle Mittel im Haushaltsplan vorgesehen – teils bereits konkret zweckgebunden wie bei der demnächst beginnenden Erweiterung der Dachsteinstraße, teils noch mit weiterem Beratungsbedarf und Prioritätensetzung durch den Gemeinderat im Bereich verschiedener Gemeindestraßen wie der Alten Pforzheimer Straße, Blumen- und Gartenstraße und der Klosterwaldstraße.

Berücksichtigung im Investitionsprogramm 2021 findet auch das Wohnen in unserer Gemeinde – zum einen durch die geplante Ausweisung des Wohnbaugebiets „Quellenäcker II“, zum anderen durch die Aufwertung bestehender Wohnquartiere im Rahmen der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme „Ortsmitte II“. Die geplante Ausweisung von Wohnbauflächen im Gebiet „Bei den Zeitelbäumen“ taucht dagegen im Haushalt der Gemeinde nicht auf, da dieses ja ggf. komplett über die private Eigentümergesellschaft finanziert wird.

Last but not least gilt es, auch für unsere Kindertageseinrichtungen und die Grundschule zukunftsfähige Lösungen zu erarbeiten – dies wird aber erst in den Folgejahren ab 2022 so richtig deutlich in den Investitionen der Gemeinde zu Buche schlagen.

Wie im Zuge der Haushaltsvorberatungen bereits aufgezeigt, wäre bei planmäßigem Verlauf des Haushaltsjahres 2021 ein Rückgriff auf fest gebundene Finanzmittel der Gemeinde im Maulbronn-Stromberg-Fonds unumgänglich. Da der Maulbronn-Stromberg-Fonds in den letzten Jahren überdurchschnittliche Renditen von mehr als 3% aufwies und sich trotz der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie bislang als stabile und wirtschaftliche Geldanlage erwiesen hat, wird dieser in der Planung aber nicht zur Deckung des Finanzbedarfs herangezogen. Stattdessen wird eine Kreditaufnahme in Höhe von 2,7 Mio. EUR in der Planung veranschlagt.

Angesichts der durch den Maulbronn-Stromberg-Fonds erwirtschafteten Erträge, die den voraussichtlichen Zinsaufwand einer Kreditaufnahme deutlich übersteigen, ist dies die wirtschaftlichste Lösung und gemäß den gemeindewirtschaftlichen Bestimmungen zulässig. Im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung wird zu prüfen sein, ob und in welchem Umfang die Kreditermächtigung dann tatsächlich in Anspruch genommen werden muss.

Auch wenn meine heutige Haushaltsrede vielleicht etwas nüchterner und nachdenklicher ausgefallen ist als von mir sonst gewohnt, können wir m.E. dennoch zuversichtlich in die Zukunft schauen. Die meisten von Ihnen sind wie auch ich schon lange genug dabei um zu wissen, dass kommunale Finanzen in steter Regelmäßigkeit einem Auf und Ab ausgesetzt sind.

Es gilt also wachsam zu sein, aber nicht ängstlich, denn ... um es mit zwei Zitaten auf den Punkt zu bringen:

„Es geht uns viel öfter schlecht wegen dem, was wir denken, als wegen dem, was tatsächlich ist.“ ... und:

„Nur weil es uns nicht gut geht, heißt das nicht, es geht uns schlecht.“

Wenn wir die weitere Entwicklung unserer Gemeinde mit Augenmaß und Kostenbewusstsein planen, dann muss uns auch weiterhin vor der Zukunft nicht bange sein.

Lassen Sie uns – Bürgerschaft, Gemeinderat und Verwaltung - daher die Entwicklung unserer Gemeinde weiterhin mit Augenmaß und Kostenbewusstsein voranbringen - miteinander und im guten und konstruktiven Austausch.

Herzlichen Dank!!!